

Stadt will geordnete Entwicklung

Der Schwandorfer Bauausschuss bringt einen Standortplan für Mobilfunkanlagen auf den Weg. Auch die Immissionen an der Osserstraße werden überprüft.



Die Anwohner an der Osserstraße, wie etwa Sprecherin Inge Heinzmann, protestieren mit Bannern gegen die Mobilfunkanlage. Foto: Lorenz

VON HUBERT HEINZL

SCHWANDORF. Die Stadt Schwandorf will gegen den Wildwuchs beim Bau von Mobilfunkmasten vorgehen und dazu einen Standortangebotsplan für die Betreiber von Sendeanlagen entwickeln. In nichtöffentlicher Sitzung ermächtigte am Montag der Bauausschuss Oberbürgermeister Feller, den Auftrag für eine entsprechende Untersuchung an ein Planungsbüro zu vergeben. Auch bei einem Immissionsgutachten für die Sendeanlage an der Osserstraße hat der OB freie Hand.

Mit dieser Entscheidung folgte der Bauausschuss einstimmig zwei sachlich zusammenhängenden Anträgen, die die Unabhängigen Wähler und die SPD eingebracht hatten. Beide Male gab der Bürgerprotest gegen die bereits errichtete, aber noch nicht in Betrieb gegangene Mobilfunkanlage an der Osserstraße den Anstoß.

Angesichts der Debatte um den Standort am Carl-Friedrich-Gauß-Gymnasium forderten die Unabhängigen Wähler in ihrem Antrag vom 22. Juli die Stadt dazu auf, eine „Vorsorgeplanung“ für Mobilfunkanlagen zu entwickeln. Durch einen Bebauungsplan, so die Vorstellung der UW, solle die Zulässigkeit neuer Mobilfunkanlagen im Stadtgebiet künftig festgelegt werden. Bis zu seiner Aufstellung, schlugen die Unabhängigen Wähler vor, sei eine Veränderungssperre zu erlassen. Mit ihrem Vorstoß wollen die UW nach eigenen Worten Mobilfunkanlagen nicht verhindern, sondern lediglich in bestimmten Gebieten ausschließen. „Wir denken, dass es außerhalb von Wohngebieten genügend Standortmöglichkeiten im Stadtgebiet Schwandorf, wie z. B. in den Industriegebieten, gibt“, heißt es dazu in dem Antrag.

Die SPD verfolgte mit ihrem Antrag vom 12. September eine andere Stoßrichtung. OB Feller wird darin aufgefordert, den Protest der Nachbarn gegen den Funkmasten an der Osserstraße durch ein „Immissionsgutachten zu dem Standort der Mobilfunksendeanlage“ zu unterstützen. Das Vorgehen des Betreibers widerspreche dem Inhalt des Mobilfunkpakts, „wonach einzelne Sendeanlagen möglichst im Konsens mit den Städten und Gemeinden errichtet werden sollen“, so die Begründung.